

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 28 (1987)
Heft: 5

Artikel: Eine Annäherung an unser Demokratieverständnis
Autor: Sager, Peter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1093981>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Peter Sager zu Gorbatschows Umgestaltung,
die auch die sowjetischen Denkmuster betrifft

Eine Annäherung an unser Demokratieverständnis

Seit 70 Jahren beruft sich das Sowjetsystem auf Demokratie und hat darunter immer etwas anderes verstanden als die Herrschaft einer Mehrheit, die sich frei heranbilden darf. Die «sozialistische Demokratie» war qualitativ anders und ging nach dem Motto: «Wir von der Vorhut erkennen und bestimmen, was ihr, die Massen von Proletariat und Volk, entsprechend eurem Klasseninteresse zu wollen habt.» Das war (und ist) ein Demokratiebegriff, der auf eine Demokratieverhöhung hinausläuft, seit 70 Jahren. Aber nunmehr fordert Gorbatschow eine Umgestaltung in Richtung auf Demokratie, womit er dartut, dass das, was bisher unter diesem Na-

men angeblich verwirklicht war, dem Anspruch der Demokratie eben nicht genügt. Es zeichnet sich nach 70 Jahren erstmals die Möglichkeit ab, dass man sowjetischerseits etwas Ähnliches meint wie wir, wenn man von Demokratie spricht. Damit ist selbstredend noch lange keine Demokratie mit ihren Institutionen gebaut, aber der Prozess muss mit der Anfechtung des falschen Begriffs anfangen, und in der Sowjetunion hat man, so scheint es, mit dem Umdenken angefangen. Das ist der Hauptgrund dafür, warum das dortige Geschehen unsere ganze Aufmerksamkeit beansprucht. Wir haben die neue Marschrichtung für die UdSSR erhofft.

Das Plenum des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (ZK der KPdSU) tagte am 27./28. Januar und wird vermutlich als das Januar-87-Plenum in die Geschichte eingehen. Gorbatschows Reden und die vom Plenum verabschiedete Resolution sind wichtige Dokumente, deren Analyse Hinweise auf die künftige Politik der UdSSR vermittelt.

Die Vollversammlung des ZK war überfällig. Gemäss Parteistatut muss das Plenum alle sechs Monate zusammentreten, und das vorangehende hatte im Juni 1986 stattgefunden. Iwan Frolow, Chefredaktor des theoretischen Parteiorgans «Kommunist», hatte Mitte September letzten Jahres das bevorstehende Plenum gar schon für den Oktober angekündigt und zudem in Aussicht gestellt, dass es sich mit Kaderpolitik befassen werde.

Die Versammlung wurde bis Ende Januar verschoben. Dafür waren «Schwierigkeiten» verantwortlich, wie Gorbatschow inzwischen in seiner Rede zur Eröffnung des Gewerkschaftskongresses unterstrichen hat.

Die Tatsache, dass nach dem Plenum zusätzliche und gewichtige Reformsignale gesetzt worden sind, weist indessen darauf hin, dass er das Steuer im Griff behält.

Mit der Freilassung zahlreicher weiterer Dissidenten, so vor allem auch des Psychiaters Anatolj Korjagin; mit der fortgesetzten Veröffentlichung von Leserbriefen mit Meinungsäusserungen, die vor fünf oder zehn Jahren noch zur Inhaftierung geführt hätten; mit dem Angebot von «joint ventures» an die westliche Wirtschaft; mit der Duldung sogar von Kritik am militärischen Engagement in Afghanistan hat Gorbatschow unerwartet viele Schleusen geöffnet. Sie sind nicht Anzeichen einer sich verstärkenden Opposition innerhalb der Führung gegen den Reformkurs.

Zwar hat Gorbatschow in seiner Rede ein «gewisses Unverständnis für die Kompliziertheit der Lage» ... «in der Gesellschaft, ja auch in der Partei selbst» erwähnt, sich jedoch eindeutig auf Politbüro und Regierung als Träger des Reformkurses berufen und auch den Eindruck aus zahlreichen Gesprächen mit dem Volk un-

terstrichen: «Die allgemeine Stimmung, der Grundgedanke ihrer Äusserungen ist eindeutig: Es geht darum, den Kurs auf Erneuerung unserer Gesellschaft konsequent durchzusetzen und die Anstrengungen auf allen Gebieten zu verstärken.»

Das Plenum hat sich ausschliesslich mit innenpolitischen Fragen befasst, die natürlich das Bild der Sowjetunion im Ausland stark beeinflussen. Die «Umgestaltung» war das zentrale Thema. Neben eingehenden Konkretisierungen des Inhaltes der Umgestaltung (S. 17–19; blosse Seitenangaben beziehen sich in der Folge auf die APN-Ausgabe der Gorbatschow-Reden am Januar-Plenum) formulierte der Generalsekretär kurz und bündig: «Demokratie ist nicht nur eine Losung, sondern das Wesen der Umgestaltung» (S. 32). Das ist eine richtungweisende und sehr mutige Feststellung.

Sie ist in Verbindung zu setzen mit dem ausdrücklichen Bekenntnis Gorbatschows zu Lenin – über ein Dutzend Bezüge stehen in der Rede und im Schlusswort –, das in folgenden Worten kulminiert: «Heute wenden wir uns auf

dem Plenum immer wieder Wladimir Iljitsch Lenin, seinen Gedanken und seinen Ideen zu . . . Es ist dies das beharrliche Bestreben, den Geist des Leninismus unter den gegenwärtigen Bedingungen wiedererstehen zu lassen . . .» (S. 76).

Mit der Frage nach dem Inhalt des Begriffes «Demokratie», wie ihn Gorbatschow verwendet, ist deshalb die Frage verknüpft, welcher Demokratie-Begriff bei Lenin im Gebrauch stand.

Lenin über Demokratie

Lenin bezieht sich auf die Demokratie im wesentlichen in drei Sachzusammenhängen:

a) Demokratie in ihrer sowjetischen, sozialistischen oder proletarischen Ausgestaltung.

In seiner Polemik «Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky» schrieb Lenin im Oktober/November 1918: «Die proletarische Demokratie ist millionenfach demokratischer als jede bürgerliche Demokratie; die Sowjetmacht ist millionenfach demokratischer als die demokratischste bürgerliche Republik» (Bd. 28, S. 247; mit Band- und Seitenangabe wird in der Folge Lenin aus der 4. Ausgabe der Werke zitiert).

Zuvor – im Juli 1905 – hatte Lenin in seiner Schrift «Zwei Taktiken der Sozialdemokratie

in der demokratischen Revolution» lapidar festgehalten: «Vom vulgär-bürgerlichen Standpunkt schliessen der Begriff Diktatur und der Begriff Demokratie einander aus» (Bd. 9, S. 121). Von solcher Vulgarität hielt Lenin sich frei; in der Schrift «Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht» vom März/April 1918, also nach einigen Monaten der Regierungsverantwortung, präziserte er: «Es gibt entschieden keinerlei prinzipiellen Widerspruch zwischen dem sowjetischen (d. h. dem sozialistischen) Demokratismus und der Anwendung der diktatorischen Gewalt einzelner Personen» (Bd. 27, S. 259).

b) Der Bezug auf die «demokratische Revolution».

Dieser Gedanke wurde im bereits erwähnten Werk «Zwei Taktiken» – verfasst nach der ersten Revolution von 1905 – entwickelt. Damals ging Lenin davon aus, dass die «demokratische Revolution» die erste von zwei Etappen sei, um die «sozialistische Revolution» zu verwirklichen; «ein solcher Sieg wird eben eine Diktatur sein, d. h. er wird sich unvermeidlich auf militärische Gewalt . . . stützen müssen» (Bd. 9, S. 44).

c) Demokratie als Korrelat zu Freiheit.

Im Juli 1921 wandte sich Lenin an die Delegierten des III. Kongresses der Komintern und

warnte: «Wir versprechen keinerlei Freiheit und keinerlei Demokratie» (Bd. 32, S. 519).

Am 1. Gesamtrussischen Kongress für ausser-schulische Bildung hatte Lenin im Mai 1919 versprochen, «dass wir uns durch so schön klingende Losungen wie Freiheit, Gleichheit und Mehrheitswillen nicht irreführen lassen» (Bd. 29, S. 339). Derweil Lenin stets behauptete, dass sein sozialistisches System eine Diktatur sei, die von der Mehrheit getragen werde, verwarf er den Gedanken, dass der Wille der Mehrheit an der Urne bestimmt werden müsse.

In einem seiner wichtigsten Werke, «Staat und Revolution», schrieb er im August 1917: «Die kleinbürgerlichen Demokraten . . . sind in dem falschen Gedanken befangen und suggerieren ihm dem Volke, das allgemeine Stimmrecht sei im heutigen Staat imstande, den Willen der Mehrheit der Werktätigen wirklich zum Ausdruck zu bringen und seine Realisierung zu sichern» (Bd. 25, S. 406).

Hier klingt der Gedanke an, dass später möglich werden sollte, was 1917, im «heutigen Staat», noch unmöglich sei: dass das sozialistische System einer Evolution unterliege und die «Diktatur des Proletariates» sich wandle, dass – wie Karl Marx es sah – der Staat schliesslich absterben werde.

Schluss auf Seite 4

Laszlo Révész: Die kasachische Frage im Rahmen der Nationalitätenpolitik

Russifizierung — heute nicht mehr möglich

In der Breschnew-Ära (1964 bis 1982) kam es verschiedentlich zu nationalistischen Bewegungen (Baltikum, Georgien usw.); Andropow (1982 bis 1984) war bemüht, die nationalistische Frage auf das Judentum zu konzentrieren, in der Hoffnung, damit die Aufmerksamkeit der übrigen nichtrussischen Nationen – hauptsächlich der Ukrainer – von den eigenen Problemen abzulenken. Am 21. April 1983 wurde das Antizionistische Komitee der Sowjetgesellschaft gegründet; dies wurde in der Regierungszeitung «Iswestija» (4. Juni 1983) wie folgt bewertet: «Die Entstehung des Antizionistischen Komitees der Sowjetgesellschaft erachten die Sowjetmenschen verschiedener Nationalitäten, Berufe und verschiedenen Alters als eine seit langer Zeit herangereifte Notwendigkeit, um die Anstrengungen im Kampf gegen den internationalen Zionismus zu vereinigen.»

Bemerkenswerterweise wurde diese Kampagne unter Tschernenko (1984 bis 1985) nicht mehr weitergeführt, und in der Gorbatschow-Ära (ab 10. März 1985) wird über dieses Komitee und dessen lokale Filialen gar nicht erst berichtet.

Gorbatschow widmete bis Ende 1986 der nationalen Frage keine spezielle Aufmerksamkeit; er erachtete sie als erledigt – ebenso der XXVII. Parteikongress Ende Februar 1986. In einem Beschluss des Politbüros des ZK unmittelbar vor dem erwähnten Parteikongress hiess es, nationaler Hass und nationale Ungleichheit seien beseitigt. Trotzdem wies das Politbüro auf einige negative Erscheinungen hin: Nationale Isolierung, Überbewertung der Rolle der eigenen Nation in Vergangenheit und Gegenwart usw. («Prawda», 28. 2. 1986). Erst nach den Studentenunruhen in Kasachstan am

17./18. Dezember 1986 wurde die nationale Frage in der Gorbatschow-Ära aktuell. Er selbst äusserte sich in seinem Rechenschaftsbericht auf dem Januarplenum des ZK nicht eindeutig. Einerseits betonte er: «. . . die Erfolge der Nationalitätenpolitik unserer Partei sind unbestreitbar, und wir sind mit Recht stolz darauf», andererseits kritisierte er die «Erscheinungen von lokaler Engstirnigkeit, Tendenzen zu nationaler Abgeschlossenheit, Stimmungen nationaler Überheblichkeit und sogar Zwischenfälle ähnlich jenen, die es kürzlich in Alma-Ata gegeben hat.» Er kritisierte auch den Partei- und Staatsapparat: «Man muss sagen, Genossen, dass einige Leiter an die Lösung von Fragen, die die Beziehungen zwischen den Natio-

Fortsetzung auf Seite 5

Schluss von Seite 3

70 Jahre später

Die Geschichte der Sowjetunion hat einen andern Verlauf genommen, und Lenin trägt ein gerüttelt Mass an Mitverantwortung. Denn er hatte den Einsatz der Gewalt in dem von der Partei definierten Interesse des Volkes gepredigt; er hatte die Machtinstrumente geschmiedet, die diesem Zwecke dienten – Armee und Tscheka, aus der das KGB hervorging; er hatte sich Stalin zu spät widersetzt, als dass er am Stalinismus unschuldig gewesen wäre. Er rief die Geister; man ward sie bis heute nicht mehr los.

So wurde die Sowjetunion zum Unrechtsstaat, der einem anachronistischen Neokolonialismus verfiel und in dem sich neofeudalistische Herrschaftsverhältnisse verfestigten. Kein Wunder, dass fast jeder neue Machthaber nach Stalin auf Lenins Weg einzukehren versprach und das nur unter Kritik seines Vorgängers zu tun vermochte. So auch Gorbatschow, der mit der Breschnew-Ära sachlich hart abrechnet; Chruschtschow ging 1956 in seiner Stalin-Kritik nur emotionell darüber hinaus.

Tatsächlich – und trotz aller Bekenntnisse zu Lenin – zeigt Gorbatschow Anzeichen, dass er nun auch den Gründer der Sowjetunion und Schöpfer des Leninismus überwindet.

Zwar hält er neben den zahlreichen Bezügen auf Lenin auch fest: «Es geht selbstverständlich nicht um einen Umbruch in unserem politischen System» (S. 29). Aber wie verhält sich zu solchen Bekenntnissen, die aus taktischen Gründen sicher erforderlich sind, eine so konkrete Forderung wie: «Die Zeit von Veränderungen sowie der Demokratisierung des Prozesses des Einsatzes von Leitungskadern der Betriebe auf der Grundlage von allgemeinen Wahlen ist herangereift. Das ist . . . eine qualitativ völlig neue Situation . . . Wir sind der Ansicht, dass die Wählbarkeit die Autorität eines Leiters, der die Unterstützung der Menschen hinter sich spürt, die ihn gewählt haben, nicht nur nicht untergräbt, sondern sie stärkt» (S. 33).

Stehen nicht auch Ausführungen über die Rechtsstaatlichkeit in Widerspruch zu Lenin? Wenn Gorbatschow sagte: «Genossen! Eine echte Demokratie existiert nicht ausserhalb des Gesetzes und über ihm» (S. 41), so erinnert

man sich der bisherigen Erfahrung, dass es nämlich auf den Inhalt des Gesetzes ankommt. Aber Gorbatschow präzisiert einige Zeilen weiter unten: «Das Politbüro hat den Vorschlag unterstützt, in nächster Zeit eine neue Strafgesetzgebung auszuarbeiten. Sie soll den heutigen Entwicklungsbedingungen der sowjetischen Gesellschaft besser entsprechen, die Interessen und Rechte der Bürger wirksamer schützen sowie zur Festigung der Disziplin und der Rechtsordnung führen. Wir müssen gründlich nachdenken und Massnahmen einleiten, damit Rolle und Autorität des sowjetischen Gerichtes, das Prinzip der Unabhängigkeit der Richter strikt gewahrt, die Aufsicht durch die Staatsanwälte entschieden verstärkt und die Arbeit der Untersuchungsorgane vervollkommen werden.»

Demgegenüber hatte Lenin dem «Renegat Kautsky» vorgehalten: «Die revolutionäre Diktatur des Proletariates ist eine Macht, die erobert wurde und aufrechterhalten wird durch die Gewalt des Proletariats gegenüber der Bourgeoisie, eine Macht, die an keine Gesetze gebunden ist» (Bd. 28, S. 234).

Zwischenbilanz

Martschenko ist im Herbst in einem sowjetischen Arbeitslager jämmerlich umgekommen. Aber Andrej Sacharow konnte aus dem Exil zurückkehren und sich am «Friedensforum» gar in Anwesenheit Gorbatschows äussern. Der Menschenrechtler Orlow und die Dichterin Ratuschinskaja durften in den Westen exilieren. Begun und Korjagin sind frei, und mit ihnen über 100 weitere Dissidente.

Aber noch ist das Schicksal von Wladimir Klebanow ungeklärt. Der Vorarbeiter in einer Donbass-Mine hatte es 1965 abgelehnt, seine Leute unter unsicheren Bedingungen untertags arbeiten zu lassen. 1968 wurde er verhaftet und während fünf Jahren in einer psychiatrischen Klinik eingeschlossen. Im Januar 1978 versuchte er, eine unabhängige Gewerkschaft zu gründen; einen Monat später wurde er erneut verhaftet und wiederum in eine Klinik eingewiesen. Seither fehlt jede Spur von ihm. Es gibt viele Fälle dieser Art.

Aber man wird von Gorbatschow keine Wunder erwarten dürfen. Er kann nicht über Nacht reformieren, was sich in bald 70 Jahren als Willkürsystem an der Macht gehalten hat. Er will umgestalten, und diese «perestrojka» ver-

läuft ansatzweise und vorläufig in der Richtung einer echten Demokratisierung. Daher verdient Gorbatschow eine Chance, wie wir sie Ende der 50er Jahre Chruschtschow einzuräumen bereit waren.

Das wirft die Frage auf, in wessen Fussstapfen Gorbatschow wandelt. Der Vergleich mit Chruschtschow liegt nahe und wird auch in der UdSSR gestellt. Aber er trifft nicht ins Schwarze. Chruschtschow war ein ausgeprägt launischer Mensch. Er stand unter dem emotionalen Druck, die stalinistischen Herrschaftsverhältnisse zu mildern. Formelle Änderungen schienen zureichend. Er verdrängte die Analyse des Ist-Zustandes durch Visionen. Er glaubte 1961 allen Ernstes, die Sowjetunion werde in 20 Jahren die USA im Pro-Kopf-Verbrauch überholen und die damalige Generation werde die kommunistische Gesellschaft erleben. Chruschtschow war ein unberechenbarer Mensch. Gorbatschow dagegen ist ein harter Realpolitiker, wenn auch mit verbindlichem Wesen. Was ihn zu Reformen zwingt, sind die harten Sachzwänge der Wirtschaftskrise im gesamten Sowjetlager. Er analysiert die Lage und verdrängt sie nicht mit Visionen, sondern sucht praktische Auswege. Er ist bereit, sogar auf westliche Erfahrungen zu achten. Jedenfalls ist er berechenbar. Und er hat den Vorteil für sich, dass die herrschende Klasse die Lage der Union genügend kennt, um rational von der Notwendigkeit materieller Reformen überzeugt zu sein.

Eher wäre Gorbatschow mit Peter dem Grossen zu vergleichen, der Anfang des 18. Jahrhunderts das «Fenster zum Westen» zu öffnen begann. Jedenfalls teilt er mit dem grossen Romanow den Zwang, Reformen von oben zu dekretieren. Und das unterscheidet die heutigen Vorgänge in der Sowjetunion von jenen in Polen, Ungarn 1956 und der Tschechoslowakei 1968, wo die übergrosse Mehrheit des Volkes Neuerungen durchzusetzen versuchte. Auf eine entsprechende Volksbewegung wird man in der Sowjetunion noch sehr lange warten müssen. Die Vorbereitung wird von einem «Reformdiktator» geleistet werden müssen.

Wir können unsere Sympathien für Gorbatschow auch aus einem anderen Grunde nicht verhehlen: Die Kritik, die er äussert, deckt sich mit der unsern; den Weg, den er einschlägt, haben wir für Russland erhofft. Gorbatschow bestätigt mithin die Linie des SOI gegen dessen Kritiker im Westen.

Peter Sager

City Bank-Anlageplus

4 1/4% Anlageheft/-konto mit Zinsgarantie!

Mehr Zins – garantierter Zins und Sicherheit

Bis 31. Dez. 1987

CITY BANK

– die Bank mit dem Anlageplus

Wir gehören zur Gruppe der Schweizerischen Kreditanstalt

Talstrasse 58,
8021 Zürich,
Tel. 01/211 76 11

- Diese Anlageformel interessiert mich/uns
 Bitte senden Sie mir/uns Ihre Unterlagen
 Könnten Sie sich bitte mit mir über Tel. Nr. _____ (am ehesten um _____ Uhr) in Verbindung setzen?

Name _____ Vorname _____
 Strasse _____
 PLZ/Ort _____
 Einsenden an: CITY BANK, Talstr. 58, 8021 Zürich